

Aktuelle Frage der ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg an Herrn Minister Antoniadis
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Ausschuss IV Gesundheit und Soziales, 08. Februar 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Bereitschaftsdienste und Gesundheitsplanung

Frage von Lydia Klinkenberg:

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrter Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen!

Der Hausärzte-, Zahnärzte- und Fachärztemangel macht sich mit zunehmender Brisanz in Ostbelgien bemerkbar. In Lontzen ist beispielsweise kein einziger Hausarzt ansässig. Es fehlt an Nachwuchs. Dies erweist sich nun auch im Rahmen der Aufrechterhaltung der hausärztlichen Bereitschaftsdienste in deutscher Sprache im Norden der DG als problematisch. So deutet zurzeit alles darauf hin, dass Patienten aus den Gemeinden Eupen, Lontzen, Raeren und Kelmis künftig für den Bereitschaftsdienst nach Verviers fahren müssen. In diesem Rahmen bezeichneten Sie, Herr Minister, letzten Monat hier im Parlament den Bereitschaftsdienst, wie er von den Hausärzten in den südlichen Gemeinden der DG mit Unterstützung der Klinik St. Josef organisiert wird, als richtigen Ansatz und politisch als wichtiges Signal, da die Kooperation zwischen selbstständigen Ärzten und Klinik zusätzlich zur Stärkung des Krankenhausstandortes St. Vith beitrage.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass die Regierung mit Blick auf die Herausforderung, eine flächendeckende, wohnortnahe medizinische und pflegerische

Versorgung auf dem Gebiet der DG anzubieten, das Zukunftsprojekt „Gesundheitsversorgung sichern“ in das Regionale Entwicklungskonzept aufgenommen hat. Im Rahmen dieses Zukunftsprojekts soll eine umfassende DG-weite Gesundheitsplanung erstellt werden mit dem Ziel, den Bedarf auch langfristig abzudecken.

Angestrebt wurde, sämtliche Akteure aus dem Gesundheitsbereich – ob Hausärzte und Krankenhäuser, Präventionsdienstleister, die häusliche Hilfe und Pflege oder teilstationäre und stationäre Angebote von Alten- sowie Pflegeheimen – in diese Gesundheitsplanung einzubeziehen.

Daher meine Frage an Sie:

Inwiefern finden auch die Bereitschaftsdienste Berücksichtigung in der Gesundheitsplanung und wann soll diese dem Parlament vorgestellt werden?

Im Voraus vielen Dank für Ihre Antworten, Herr Minister.

Lydia Klinkenberg
ProDG-Fraktion

Antwort von Herrn Minister Antoniadis:

Dass in der Medizin allgemein ein Ärztemangel besteht, ist auch in Ostbelgien nicht neu. Mit dieser Herausforderung waren viele Regierungen bisher beschäftigt.

Auch wenn der Föderalstaat zuständig ist, bin ich der Meinung, dass die DG ihr Schicksal hinsichtlich der Gesundheitsversorgung im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst in die Hand nehmen sollte.

Das zeigen verschiedene Maßnahmen, die wir im Gesundheitsbereich ergriffen haben. Dazu zählen auch die Bemühungen zur Standortsicherung der Krankenhäuser oder die Erstellung einer Gesundheitsplanung.

Die Gesundheitsplanung betrifft natürlich auch die Hausärzte. Das beinhaltet auch die Zusammenarbeit zwischen den beiden Krankenhäusern und den in der DG praktizierenden Hausärzten.

Ende 2016 hat das Studienbüro Antares die definitiven Analysen vorgelegt. Wir werten gerade die Ergebnisse aus und planen einen Studientag mit den betroffenen Akteuren.

Ich werde im April im Rahmen einer Regierungserklärung zur Gesundheitspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft näher darauf eingehen.

Ich möchte allerdings kurz auf die Bereitschaftsdienste eingehen, da Sie diese als Anlass für Ihre Frage genommen haben.

Die Organisation der Bereitschaftsdienste der Ärzte, Apotheker und Zahnärzte ist eine föderale Zuständigkeit. Der Föderalstaat gibt einen Rahmen und eine Finanzierung vor. Die Ärzte sind für die Planung und Durchführung zuständig.

Es ist richtig, dass ich den Eifler Hausärzten zu ihrem Bereitschaftsdienst gratuliert habe. Sie sind deutlich in der Unterzahl im Vergleich zu den Ärzten im Norden und sie haben es geschafft, einen deutschsprachigen Posten in der Klinik Sankt Josef aufzubauen.

Im Norden der DG kann man nur tagsüber den Posten im Eupener Krankenhaus ansteuern. In den Abendstunden muss man sich meistens mit einem frankophonen Arzt vorlieb nehmen, da die beiden Hausärztekreise mit den Ärzten im Bezirk Verviers arbeiten. Notfalls muss man sogar nach Verviers fahren. Darüber bin ich nicht erfreut. Ein Gespräch mit Vertretern der beiden Hausärztekreise hat nicht zu einem zufriedenstellenden Ergebnis geführt.

Die im Norden praktizierenden Hausärzte können, aber sie wollen nicht den Bereitschaftsdienst in der DG organisieren, da sich aus ihrer Sicht der Aufwand nicht lohnt. Laut Angaben der Vertreter der Ärztekreise ist die Zahl der Patienten in den Abendstunden nämlich gering. Wirkliche Notfälle sollten zur Notaufnahme. Das finde ich bedauerlich. Ich appelliere daher an die Hausärzte, ihre Entscheidung zu überdenken.

Hinsichtlich des Telefondienstes hatten mich mehrere Bürger darüber informiert, dass die Betreuung in deutscher Sprache nicht funktioniert. Daraufhin habe ich unverzüglich bei den Verantwortlichen interveniert. Inzwischen wird zweisprachiges Personal beschäftigt.